

Nr. 351 | 02.09.2025

Polen-Analysen

Polen nach den Präsidentschaftswahlen 2025

■ ANALYSE

Die innenpolitische Situation in Polen nach den Präsidentschaftswahlen 2025 2
Janusz A. Majcherek, Akademia WSB, Dąbrowa Górnicza

■ DOKUMENTATION

Ansprache des Regierungschefs Donald Tusk nach der Präsidentschaftswahl 2025 7

Rede des Präsidenten der Republik Polen Karol Nawrocki nach seiner Vereidigung vor der Nationalversammlung, 2025 8

Präsident Karol Nawrocki über die Beziehungen zu Deutschland 11

■ UMFRAGEN

Parteipräferenzen und Einstellungen zu Präsident Karol Nawrocki 12

■ CHRONIK

8. Juli – 1. September 2025 15

ANALYSE

Die innenpolitische Situation in Polen nach den Präsidentschaftswahlen 2025

Janusz A. Majcherek, Akademia WSB, Dąbrowa Górnicza

DOI: 10.31205/PA.351.01

Zusammenfassung

Die Regierung von Donald Tusk hat Ende 2023 versprochen, die zahlreichen Reformen des nationalkonservativen Lagers zurückzunehmen und die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit zu betreiben. Dies war angesichts des Vetorechts des konservativen Staatspräsidenten Andrzej Duda nur teilweise möglich. Alle Hoffnungen der Mitte-links-Koalition konzentrierten sich somit auf die im Mai/Juni 2025 stattfindenden Präsidentschaftswahlen, von denen ein wichtiges Signal nach innen und nach außen gesendet werden sollte. Das Wahlergebnis war ein solches Signal, allerdings ein überraschendes, das den Hoffnungen der seit 2023 regierenden Mitte-links-Koalition zuwiderläuft.

Die Rolle des Präsidenten im politischen System Polens

Das Amt des Staatspräsidenten ist in der Republik Polen mit größeren Befugnissen ausgestattet als in der Bundesrepublik, allerdings mit weniger als in Frankreich. Die Position des Präsidenten wird durch die Direktwahl der Wählerinnen und Wähler legitimiert sowie durch das Vetorecht gestärkt, das er gegen vom Parlament verabschiedete Gesetze geltend machen kann. Sein Veto kann nur mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit des Sejm aufgehoben werden, bisher jedoch verfügte keine Sitzverteilung im Sejm, auch nicht die aktuelle, über eine solche Mehrheit. In der Praxis ist also jedes Präsidentenveto wirksam. Der Präsident hat außerdem das Recht, eigene Gesetzesentwürfe vorzulegen, er ernennt Staatsbedienstete, ist Oberbefehlshaber der polnischen Streitkräfte und hat bestimmte Vorrechte in der Außenpolitik, z. B. bei der Ernennung von Botschaftern. Die Amtszeit – maximal zwei sind möglich – umfasst fünf Jahre.

In den vergangenen zehn Jahren hatte Andrzej Duda das Präsidentenamt inne. Er kommt aus dem rechtskonservativen politischen Lager und hat während dessen achtjähriger Regierungszeit eng mit ihm zusammengearbeitet, insbesondere bei der Schwächung der demokratischen Institutionen des Rechtsstaates und hier v. a. der Gerichte. Seine Befugnis, Richter zu ernennen und Posten in den Gerichten zu besetzen, hat er dahin gehend genutzt, diejenigen Kandidaten zu nominieren und zu befördern, die ihm die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) unter der Führung von Jarosław Kaczyński angewiesen hat. Gehorsam bestätigte er Gesetze, die häufig nicht gemäß dem Gesetzgebungsprozedere und der Verfassung von den regierenden Rechtskonservativen verabschiedet worden waren, gern schloss er sich deren antiliberalen und antiprogessiven ideologischen Kreuzzügen an, bekämpfte die »Gender-Ideologie«, lehnte die Forderungen der LGBTQ-Bewegung ab, negierte die Rechte

von Frauen und jeglicher Minderheiten und unterstützte nationalistische Bewegungen und Milieus. Letzteres war auch insofern geschmacklos, als sein Schwiegervater Julian Kornhauser ein polnischer Jude ist und zudem ein anerkannter Dichter und Hochschullehrer.

Im Oktober 2023 fanden in Polen Parlamentswahlen statt. Nach einer spektakulären Mobilisierung prodemokratischer Wählerinnen und Wähler und Verteidiger der Rechtsstaatlichkeit haben die Rechtskonservativen die Regierungsmacht verloren. Da aber die PiS die meisten Stimmen erhalten hat (mehr als 35 Prozent), beauftragte Präsident Duda ihren Kandidaten und bisherigen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki mit der Regierungsbildung, was von Anfang an zum Scheitern verurteilt war, da eine Koalition aus Mitte-links-Gruppierungen die Mehrheit im Parlament auf sich vereinen konnte. Auf diese Weise gelang es den Rechtskonservativen, trotz bevorstehenden Verlustes der Regierungsmacht ihre Amtsniederlegung um zwei Monate hinauszuschieben. Mit Hilfe des dienstfertigen Duda wurde eine Vielzahl staatlicher Positionen und Verwaltungsstellen mit konservativen Kandidaten besetzt, deren Amtszeit verlängert oder deren Entlassung praktisch ausgeschlossen wurde.

Das hatte zur Folge, dass die Mitte-links-Koalition, die im Dezember 2023 unter der Führung von Donald Tusk die Regierungsverantwortung übernahm, auf Schwierigkeiten und Hindernisse stieß, als sie ihre Wahlversprechen einlösen und ihre Vorhaben verwirklichen wollte, insbesondere was die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit betraf. Alle Initiativen in dieser Richtung belegte Duda mit seinem Veto. Ebenso war es bei den Gesetzen, die das Abtreibungsrecht liberalisieren sollten, sowie vielen anderen, die Duda gelegentlich auch an das Verfassungstribunal weiterleitete, das zuvor fast vollständig mit PiS-Kandidaten besetzt worden war und Urteile fällte, die den Interessen und ideologischen Präferenzen dieser Partei entsprachen. Dies führte zur

Lähmung der Arbeiten der Regierung von Ministerpräsident Tusk und rief in der öffentlichen Meinung den zunehmenden Eindruck ihrer Machtlosigkeit hervor.

Das Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen und seine Folgen

In dieser Situation blickte das Regierungslager hoffnungsvoll auf die zu Ende gehende Amtszeit von Andrzej Duda im August 2025 und das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen, die im Mai/Juni stattfinden sollten. Favorit war der Kandidat der regierenden Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), der Warschauer Stadtpräsident Rafał Trzaskowski, dem die Umfragen den sicheren Sieg vorhersagten.

Als dessen Rivalen bestimmte Jarosław Kaczyński den nicht weiter bekannten Karol Nawrocki, einen Historiker, der das Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) leitete, also eine Einrichtung, welche eine polnische Geschichtspolitik im nationalistisch-martyrologischen Geist erschuf. Zu den Präsidentschaftswahlen ließen sich rekordverdächtig viele Kandidaten aufstellen, u. a. der Mitbegründer der Regierungsmehrheit Sejmmarschall Szymon Hołownia, die stellvertretende Senatsmarschallin aus dem gemäßigten linken Lager Magdalena Biejat, außerdem Sławomir Mentzen, der Repräsentant der ultrarechten Konföderation (Konfederacja), die in vielerlei Hinsicht an die AfD erinnert, der Anführer der radikal linken Partei Gemeinsam (Razem) Adrian Zandberg sowie auch der wegen Herbeiführung einer Spaltung zuvor aus der Konföderation ausgeschlossene Grzegorz Braun, ein rechtsextremer Hetzer und antisemitischer Provokateur.

Der Wahlkampf war hitzig. In seinem Verlauf wurden immer weitere Sitten- und Finanzskandale und sogar kriminelle Vergehen aufgedeckt, in die Nawrocki verstrickt war, und trotzdem nahm die Unterstützung für ihn zu, so dass der Favorit Trzaskowski den ersten Wahlgang mit nur knapp zwei Prozent der Stimmen (31,36 : 29,54) gewann. Als Sensation lassen sich aber die Ergebnisse der anderen Kandidaten aus dem rechten politischen Lager bezeichnen: Mentzen erhielt knapp 15 Prozent und der Radikale Braun über sechs Prozent. Eine Niederlage erlitt dagegen Hołownia, der fünf Jahre zuvor knapp 14 Prozent bekommen hatte und auf eine Verbesserung dieses Ergebnisses zählte und vielleicht auch auf den Einzug in den zweiten Wahlgang mit Chancen auf einen Sieg – er bekam weniger als fünf Prozent. Eine Niederlage erfuhr auch Biejat mit einem noch schlechteren Ergebnis. Klar war, dass über das Ergebnis des zweiten, entscheidenden Wahlgangs die Wählerstimmen der extremen Rechten entscheiden würden.

Trzaskowski versuchte, den libertären Teil dieser Wähler für sich einzunehmen, er trat in einem Internet-Podcast mit Mentzen auf und trank sogar mit ihm

Bier – Mentzen besitzt eine eigene Brauerei und Einladungen »auf ein Bier« machte er zu seinem Markenzeichen. Die Mehrheit der Mentzen- bzw. Braun-Wähler stimmte im zweiten Wahlgang dennoch für Nawrocki und gab den Ausschlag für dessen Wahlsieg mit minimalem Vorsprung – 50,89 Prozent.

Aus Sicht des Regierungslagers war das eine Katastrophe, denn alle Pläne, die vom bisherigen Präsidenten sabotierten Initiativen der Regierung freizusetzen, fielen in sich zusammen. Das Amt des Präsidenten wird nun von einem noch unnachgiebigeren Feind des Liberalismus, der Fortschrittlichkeit und linker Orientierungen besetzt. Der Erfolg dieses Nationalisten und seiner radikal rechten Verbündeten und Sympathisanten ermutigte und aktivierte extremistische politische Milieus und verschob die öffentliche Meinung in Richtung des siegreichen rechtsnationalistischen Lagers. Insbesondere die von ihm angeheizte Stimmung gegen Immigration, die Ukraine, Europa und Deutschland kommt groß heraus. Letztere im Zusammenhang mit den Ankündigungen, dass die deutschen Behörden Immigranten nach Polen zurückschicken, wenn sie nicht die entsprechenden Dokumente vorweisen können oder die Bedingungen für Asyl in der Bundesrepublik nicht erfüllen. Die polnischen Rechtspopulisten schürten Panik, dass Deutschland massenhaft illegale Immigranten nach Polen abschieben würde. Nationalistische Milieus organisierten sogar die selbsternannte »Bewegung zur Verteidigung der Grenzen« (Ruch Obrony Granic), die ohne rechtliche Grundlage auf der Suche nach illegalen Immigranten Fahrzeuge, welche die deutsch-polnische Grenze überquerten, kontrollierte. Die Einschüchterung mithilfe der Instrumentalisierung von Immigranten nahm panikartige Ausmaße an und bewirkte eine fremdenfeindliche, sogar rassistische Stimmung. Dies erinnert an die Antiimmigrationskampagne von Donald Trump und seinen Anhängern in den USA, zu denen sich im Übrigen viele aus dem polnischen rechtsorientierten Lager zählen.

Reaktionen im Regierungslager

Nawrockis Sieg bei den Präsidentschaftswahlen ließ das nationalistische, rechtskonservative Lager triumphieren, im Regierungslager kam es dagegen zu einer Krise. Die rechtsgerichtete Opposition behauptete, das Wahlergebnis bedeute ein Misstrauensvotum gegen die Regierung, denn der besiegte Kandidat kam aus dem Regierungslager, repräsentierte dieses im zweiten Wahlgang und wurde zudem von Ministerpräsident Tusk aktiv unterstützt. Zu ähnlichen Einschätzungen kamen auch neutrale und objektive Kommentatoren, die gern das Bild der »roten Karte für Tusk« in ihren Interpretationen des Wahlergebnisses verwendeten; viele riefen ihn zum Rücktritt auf. Um diese Forderungen abzuweisen, stellte

Tusk noch im Juni im Sejm die Vertrauensfrage für seine Regierung. Er gewann sie leicht, denn die Regierungskoalition zeigte ihre Loyalität und hat weiterhin die Mehrheit im Parlament.

Die Krise des Regierungslagers war damit allerdings nicht zu Ende, was auch mit der Zusammensetzung der Koalition zusammenhängt, die aus vier Parteien besteht: der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), der Neuen Linken (Nowa Lewica), der Polnischen Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) und Polen 2050 (Polska 2050). Die drei kleineren Koalitionspartner, deren Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen eine Niederlage erfuhren, verzeichnen eine geringe Unterstützung in den Umfragen. Alle Gruppierungen, abgesehen von der KO, liegen an der Grenze oder unter der Fünf-Prozent-Hürde. Um ihre Umfragewerte zu verbessern, verschärfen sie ihre Forderungen nach Umsetzung ihrer Ideen und Programme, um sich vor ihren Wählern zu profilieren. Da sie ein recht breites ideologisches Spektrum repräsentieren, laufen ihre Programme und Forderungen häufig auseinander, was zu Spannungen innerhalb der Koalition führt. Das wiederum erweckt den Eindruck eines Durcheinanders, was an die Situation der Ampel-Koalition in Deutschland erinnert.

Tusk entschloss sich in dieser Situation, sein Kabinett umzubauen und zu konsolidieren. Er reduzierte die Anzahl der Ministerien, setzte ein starkes Wirtschaftsressort ein, das auch für Finanzen zuständig ist, und ernannte Radosław Sikorski, den beliebten Außenminister, zu seinem Vize. Vor allem aber berief er in das Amt des Justizministers Waldemar Żurek, einen der vielen Richter, die in der Regierungszeit der PiS schikaniert worden und Repressionen ausgesetzt gewesen waren, weil sie die Rechtsstaatlichkeit verteidigt hatten. Żurek machte sich sofort daran, die für die Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, was die Wähler der aktuellen Regierungskoalition erwarten, wobei jedoch das träge Tempo der bisher eingeleiteten Abrechnung mit den Unregelmäßigkeiten und Pathologien der Zeit der PiS-Regierung zu Enttäuschungen geführt hatte.

Die Umbildung der Regierung wird als neue Öffnung dargestellt. Es soll der Beginn einer dynamischen Politik sein, die einen Sieg bei den Parlamentswahlen 2027 in Aussicht stellen soll sowie den Schutz des Landes vor einer Machtübernahme durch das rechtsnationalistische und -radikale Lager, das zusammen die Mehrheit in den aktuellen Umfragen hat. In vielen Kommentaren tauchte sogar der Begriff »Kriegskabinett« auf, was suggeriert, dass sich das Regierungslager entschlossen der rechtsgerichteten Opposition und dem mit ihr zusammenarbeitenden Präsidentenlager entgegenstellt, das eindeutig den Kampf gegen die Regierung angekündigt hat.

Die wirtschaftliche und geopolitische Situation

Nawrockis Sieg, die sehr guten Wahlergebnisse seiner noch radikaleren rechten Verbündeten sowie der Rechtsruck der öffentlichen Meinung in Polen spiegeln globale Trends wider. Ein wesentlicher Bestandteil ist die Ablehnung der Einwanderung, die von Rechtspopulisten intensiv befeuert wird. Die polnische Regierung versucht, diese Stimmung zu bändigen, indem sie einigen gesellschaftlichen Erwartungen entgegenkommt – daher die undurchlässige und streng bewachte Mauer an der Grenze zu Belarus sowie die Patrouillen des polnischen Grenzschutzes an der deutsch-polnischen Grenze und darüber hinaus die Aussetzung des Asylrechtes in Polen. Diese Politik stößt auf die Kritik linksorientierter Kreise, findet aber mehrheitlich die Zustimmung der öffentlichen Meinung. Allerdings nimmt diese nicht zur Kenntnis, dass die Bevölkerung Polens infolge der niedrigen Geburtenrate und eines negativen natürlichen Wachstums zurückgeht und folglich ohne Immigranten nicht imstande sein wird, die wirtschaftliche Entwicklung aufrechtzuerhalten.

Diese ist nach wie vor ansehnlich, die makroökonomischen Basisindizes sind günstig, das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegt bei 3,5 Prozent jährlich und gehört zu den höchsten in der Europäischen Union und die internationale Fachpresse, z. B. auch die deutsche Wirtschaftswoche (Mai 2025), lobt die polnischen Erfolge. Die größte Gefahr geht allerdings von der wachsenden Staatsverschuldung aus. Die rechtskonservative Regierung hat eine verschwenderische Sozialpolitik betrieben und die damalige Opposition, die ein bestmögliches Wahlergebnis erzielen wollte, versprach, diese fortzusetzen, was sie nach der Übernahme der Regierungsverantwortung auch einlöste. Die aggressive Politik Russlands erfordert jedoch eine radikale Erhöhung der Verteidigungsausgaben, wobei Polen hier mit knapp fünf Prozent des BIP eine Spitzenposition in der NATO einnimmt. Da die Kürzung der Sozialausgaben aus politischen Gründen nicht möglich ist, werden andere Ausgaben des öffentlichen Haushaltes mit Schulden finanziert. Die Schulden sind immer noch relativ gering, sie liegen unter der 60-Prozent-Marke des BIP, aber sie wachsen schnell. Das Problem Polens ist seit Jahren das niedrige Investitionsniveau, das knapp 17 Prozent des BIP beträgt, was einer der schlechtesten Werte in der EU ist. Nicht gerade begünstigt wird dies durch die relativ hohen Kreditzinsen, die doppelt so hoch wie die in der Eurozone sind. Die Polen legen jedoch eine irrationale Abneigung gegenüber einem Beitritt zur gemeinsamen europäischen Währung an den Tag. Nach der Einführung des Euro im kommenden Jahr in Bulgarien wird Polen eines der letzten EU-Mitgliedsländer und das größte von ihnen sein, das außerhalb des Euroraums bleibt.

Das hat negative Auswirkungen auf die Position Polens in der Europäischen Union. Nach dem Brexit bestand die Chance, dass Polen in der EU den von Großbritannien frei gemachten Platz einnimmt, die PiS-Regierung war jedoch antieuropäisch eingestellt und verursachte zudem die Krise der Rechtsstaatlichkeit in Polen. Zur Strafe wurden nicht nur finanzielle Mittel aus den europäischen Fonds eingefroren, sondern wurde Polen auch in Entscheidungsprozessen der EU übergangen. Nach dem Wahlsieg und der Regierungsübernahme durch das Mitte-links-Bündnis wurden die EU-Mittel freigegeben, und Donald Tusk, in Brüssel als ehemaliger Präsident des Europäischen Rates bekannt und geschätzt, sicherte Polen einen Aufstieg in der politischen Hierarchie. Das hohe persönliche Ansehen und die weitreichende Vernetzung von Außenminister Sikorski erhöhten den Rang Polens in der europäischen Politik. Nawrockis Sieg und mögliche Wahlerfolge der extremen Rechten könnten diese Errungenschaften zunichtemachen – nicht nur aufgrund ihrer antieuropäischen Haltung, sondern auch aufgrund der in polnischen rechtsgerichteten Kreisen verbreiteten Bewunderung für Donald Trump und der Faszination für seine Make America Great Again-Bewegung (MAGA) als nachahmenswertes Beispiel. Der Konfrontationskurs des US-amerikanischen Präsidenten gegenüber der Europäischen Union zieht die Gefahr nach sich, dass das ihm wohlgesinnte Präsidentenlager in Polen eine anti-europäische Stimmung bestärken wird.

Die Innen- und Außenpolitik und die öffentliche Meinung

Die rechtsgerichteten Kreise sind auch antideutsch eingestellt. Das ergibt sich aus der Tradition des polnischen Nationalismus und hat außerdem damit zu tun, dass diese Kreise Deutschland eine Schlüsselrolle in der verhassten Europäischen Union zuschreiben.

Das von den Rechtskonservativen und Nationalisten erklärtermaßen wichtigste politische Ziel ist die Unabhängigkeit und nationale Souveränität, was in der Praxis als Abneigung gegenüber der europäischen Integration zum Ausdruck kommt. Die Europäische Union wird in der rechten Propaganda als von Deutschland dominiert und dessen Interessen untergeordnet dargestellt; diese stünden angeblich im Widerspruch zu den polnischen Interessen. Unlängst berief sich sogar ein Bischof während einer religiösen Feierlichkeit auf die angeblich ewige und unüberwindbare Feindschaft zwischen Deutschen und Polen, klagte Tusk wegen deutscher Sympathien und seiner Abstammung an (seine Familie lebt seit Generationen in Danzig (Gdańsk)) und die Regierung wegen einer angeblich deutschlandfreundlichen Politik. Außenminister Sikorski übermittelte dem Vatikan seinen entschiedenen Protest, die Vertreter der deutschen

Minderheit äußerten ihre Empörung, aber die Sympathie der polnischen Geistlichkeit für die nationalistische Rechte ist allgemein sichtbar und wird häufig kundgetan.

In der polnischen Außenpolitik herrscht ein gern öffentlich dargestellter antirussischer Konsens, der durch die aggressive Politik des russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin bestärkt wird. Allerdings droht durch die antieuropäische Einstellung des an Stärke zunehmenden rechtsgerichteten Lagers eine Verschlechterung der Beziehungen zu den tatsächlichen und potentiellen westlichen Verbündeten, u. a. Deutschland, also die Isolierung Polens gegenüber der wachsenden russischen Bedrohung. Die regionalen Bündnispartner wiederum, hier Ungarn und die Slowakei, nehmen mehr oder weniger offen eine prorussische Haltung ein. Die Parlamentswahlen in Ungarn im kommenden Jahr, durch die der seit vielen Jahren regierende Viktor Orbán die Macht verlieren könnte, verbindet die polnische Regierung mit der Hoffnung, dass sich Ungarn von der prorussischen Politik abwenden wird. Die Parlamentswahlen in Tschechien im Oktober dieses Jahres könnten allerdings den prorussisch eingestellten Rechtspopulisten Andrej Babiš wieder in die Regierungsverantwortung bringen.

Objektiv betrachtet, dient die antieuropäische und antideutsche Einstellung des polnischen rechtsorientierten politischen Spektrums der Umsetzung strategischer Ziele, die der Politik des Putinschen Russlands in die Hände spielen, denn sie führt zur Schwächung der europäischen Einheit gegenüber der russischen Bedrohung. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Warnungen auftauchen, der Kreml unterstütze im Geheimen die sich antirussisch gebenden Kräfte des rechtsorientierten Lagers, insbesondere indem antieuropäische, antiwestliche und antideutsche Stimmungen im Internet angeheizt werden. Die polnische extreme Rechte hält Kontakte und Verbindungen zu internationalen Organisationen desselben Profils, die nicht nur logistische, sondern auch finanzielle Unterstützung geben.

Die polnische Gesellschaft zeigt in Untersuchungen eine abnehmende Religiosität, die Statistiken der katholischen Kirche selbst verzeichnen einen systematischen Rückgang bei der Anzahl der Teilnehmer religiöser Praktiken. Der Anteil der Schüler, die am Religionsunterricht teilnehmen, sinkt beständig, gleichzeitig hält sich einer der höchsten Werte für die Unterstützung der Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union (ungeachtet des oben genannten Widerstands gegen den Beitritt zur Eurozone). Unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen sind die hohen Umfragewerte für die Kirche und das antieuropäische rechtskonservative und -nationalistische Lager sowie der Sieg ihres Repräsentanten bei den Präsidentschaftswahlen ein Paradox.

Dieses ergibt sich aus der starken Polarisierung, der Aufteilung der polnischen Gesellschaft in fast zwei glei-

che Teile – den liberal-progressiven, proeuropäischen und säkularen auf der einen und den konservativ-nationalistischen, kirchlichen und fremdenfeindlichen auf der anderen Seite. Nach acht Jahren Dominanz des Letzteren siegte im Jahr 2023 Ersterer, um im Jahr 2025 knapp zu verlieren. Die politische Spaltung der polnischen Gesellschaft verläuft entlang der Wohnorte: Die Großstädte sind Mitte-links orientiert, die Provinz rechts-konservativ, die östlichen Regionen rechts-konservativ und die westlichen, darunter die an Deutschland angrenzenden, links-liberal.

Perspektiven und Prognosen

Die nächste Konfrontation dieser beiden gesellschaftlichen Blöcke wird im Jahr 2027 auftreten, wenn die Parlamentswahlen stattfinden. Zurzeit scheint das nationalistisch-klerikale rechtsorientierte Lager, beflügelt durch den Sieg Nawrockis, die größeren Chancen zu haben. Dessen unverhohlene Mission ist es, jenem den Weg zur Regierungsmacht zu bahnen, aber bis zu den Wahlen sind es noch zwei Jahre, in denen die Mitte-links-Regierung Verluste aufholen kann.

Ein grundsätzliches Problem des aktuellen Regierungslagers ist seine innere Differenzierung sowie die Schwäche der kleineren Koalitionspartner. Möglich ist daher die Situation, dass die stärkste Gruppierung, die Bürgerkoalition, in den Parlamentswahlen zwar die meisten Stimmen oder nur knapp weniger als die PiS erhält, aber ihre gegenwärtigen Koalitionspartner nicht die Fünf-Prozent-Hürde überschreiten und keine Sitze im Sejm erhalten. Das hieße, dass die extreme und radikale Rechte die Regierung übernehmen würde, gestärkt vom Präsidentenamt.

Wenn sich das linke politische Lager vereinigen würde, wären ihm eine Unterstützung im zweistelligen Prozentbereich und dementsprechend viele Sitze im Sejm so gut wie sicher. Allerdings wollen die Radikalen in der Partei Gemeinsam (Razem) als harsche Kritiker der Regierung auftreten, in der die Neue Linke mit sitzt. Das verurteilt beide Parteien dazu, sich voneinander abzugrenzen. Es gibt jedoch zurzeit Initiativen zur Vereinigung der Linken, die allerdings auch gegenteilige Folgen nach sich ziehen könnten, also ein weiteres Auseinanderdriften.

Die beiden übrigen Parteien der Regierungskoalition, die vor einigen Jahren von Szymon Hołownia gegründete Polen 2050 sowie die seit Jahrzehnten in der polnischen Politik präsente PSL, verzeichnen sehr schwache Umfragewerte, die eher unter der Fünf-Prozent-Hürde liegen. In den Parlamentswahlen 2023 starteten sie gemeinsam als Dritter Weg (Trzecia Droga) und erhielten fast 15 Prozent der Stimmen, danach trennten sie sich wieder und jetzt erlebt jede für sich eine Krise gesellschaftlicher Unterstützung. Zusätzlich machte Hołownia katastrophale politische Fehler, indem

er sich heimlich mit PiS-Chef Kaczyński und seinen Gehilfen in einer Privatwohnung traf. Das gelangte an die Öffentlichkeit, woraufhin er öffentlich bekannt gab, einen angeblichen Staatsstreich verhindert zu haben (damit bezog er sich auf die in der Öffentlichkeit im Raum stehenden Vorschläge, dass er als Sejm marschall Nawrockis Vereidigung zum Staatspräsidenten bis zur Aufklärung der Unregelmäßigkeiten bei der Stimmauszählung in den Wahlausschüssen verschieben solle). Die gesellschaftliche Unterstützung für ihn ging zurück und seine junge Partei geriet in eine tiefe Krise, von der sie sich möglicherweise nicht erholen wird.

Erörtert werden zwei Strategien mit dem Ziel, dem rechtsnationalistischen und -extremen Lager nicht die Regierungsverantwortung zu überlassen, trotz schwacher Unterstützungswerte für die aktuell regierenden Parteien. Die erste ist die Bildung einer gemeinsamen Liste aller dieser Gruppierungen. Diese Variante hat sich bereits bei den Senatswahlen bewährt, als ein sog. Senatsblock gebildet wurde, der sehr gute Ergebnisse und die Mehrheit in der oberen Parlamentskammer erlangte. Allerdings finden die Senatswahlen in Ein-Mandatskreisen nach dem Mehrheitswahlrecht statt – für den gemeinsamen Kandidaten ist es daher einfacher, den Gegner zu überwinden. Die Abgeordneten des Sejm wiederum werden per Verhältniswahl bestimmt, und die Auszählung der Mandate nach dem d'hondtschen System prämiert die größten Gruppierungen zusätzlich. Folglich könnte ein gemeinsamer Mitte-links-Block nicht nur die Wahlen gegen ein aufgespaltenes rechtsgerichtetes Lager gewinnen, sondern auch eine ausreichende Mehrheit erlangen, um die Regierung zu bilden.

Diese Option würde begünstigt, wenn auch eine Korrektur vorgenommen würde, wie viele Mandate auf die einzelnen Wahlkreise entfallen. Die Staatliche Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) signalisiert schon seit Jahren, dass demographischer Wandel und Binnenmigration zu einem zunehmenden Missverhältnis bei der Anzahl der erforderlichen Stimmen für die Erlangung von Mandaten in den einzelnen Wahlkreisen führen, wobei die großstädtischen Wahlkreise, wo liberale und linksorientierte Wähler dominieren, diskriminiert werden. Eine Korrektur würde die Repräsentanz dieser Wähler um eine zweistellige Anzahl von Mandaten im Sejm stärken.

Sollte der Widerstand der kleineren Parteien gegen eine gemeinsame Liste nicht überwunden werden können und sich das summarische Ergebnis der einzeln startenden Parteien der aktuellen Regierungskoalition als nicht ausreichend erweisen, um ihre Regierungszeit zu verlängern, wäre ein zweite Strategie, die Binnendifferenzierung der rechtsgerichteten Partei Konföderation in Nationalisten und Libertäre sowie ihre Reibereien mit der PiS auszunutzen und eine Vereinbarung zwi-

schen der Bürgerkoalition und dem libertären Teil der Konföderation zu treffen. In der Bürgerkoalition gibt es wirtschaftsliberale Traditionen und Kreise, eine solche Übereinkunft wäre also nicht unmöglich.

Ein Teil der Wähler würde dies begrüßen, insbesondere die jüngsten, welche die ausschweifende Sozialpolitik der PiS ablehnen, weil sie in diesen Kreisen als verschwenderisch und ungerecht gilt. Gegen eine Übereinkunft mit einem Teil der Konföderation könnte jedoch der eher linksorientierte Teil der Bürgerkoalition protestieren; außerdem gibt es keine Garantie, dass die Libertären aus der Konföderation bereit wären, einen Bruch herbeizuführen und eine Vereinbarung mit der Bürgerkoalition zu schließen.

In letzter Zeit waren Vorschläge zu hören, eine neue Partei zu gründen, die erklärtermaßen liberal ist und weite Freiheiten sowohl im wirtschaftlichen als auch weltanschaulichen Fragen vertritt. Dies sind allerdings noch unklare Ideen einiger öffentlicher Personen. Eine Warnung könnte das Schicksal der ersten Partei von Donald Tusk sein, des Liberal-Demokratischen Kongresses (Kongres Liberalno-Demokratyczny), der ein solches liberales Programm vertrat und aus der polnischen Politik ausschied, weil er bei den Parlamentswahlen 1993 nicht die Fünf-Prozent-Hürde überwand. Es ist zweifelhaft, ob eine solche Partei heute größere Chancen hätte,

auch wenn sie dem Vernehmen nach mit der Unterstützung von Unternehmern rechnen könnte.

Beunruhigend ist, dass in der jüngsten Generation radikale Einstellungen und Ansichten zunehmen, insbesondere unter jungen Männern. Wähler dieser Gruppe gaben die meisten Stimmen Mentzen oder Zandberg, also Vertretern der rechts- bzw. linksaußen Parteien. Die für die junge Generation in vielen Gesellschaften typische Anti-Establishment-Haltung nimmt in Polen besorgniserregende Ausmaße an. Dass eine der Parteien des aktuellen Regierungslagers zumindest einen Teil dieser aufgeführten und sich radikalisierenden jungen Wähler gewinnt, könnte ein Schlüssel zum Wahlerfolg in zwei Jahren sein, was aber außerordentlich schwierig werden wird.

Immer häufiger sind Stimmen zu hören, dass es Zeit für einen Generationenwechsel in der polnischen Politik sei, was auch meint, dass Donald Tusk mit seinen 68 Jahren (zwei Jahre jünger als Bundeskanzler Friedrich Merz) abtreten soll. Als sein Nachfolger wird der 62-jährige Radosław Sikorski gehandelt, der am Ende dieser Wahlperiode etwas jünger als Tusk heute sein wird. Andere Kandidaten, um Tusk in der Führungsrolle zu ersetzen, sind momentan nicht zu sehen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Prof. Dr. *Janusz A. Majcherek*, Soziologe und Philosoph, ist an der Akademia WSB in Dąbrowa Górnicza tätig. Er kommentiert politische und gesellschaftliche Entwicklungen in »Gazeta Wyborcza« und »Polityka« sowie im Radio und Fernsehen.

DOKUMENTATION

Ansprache des Regierungschefs Donald Tusk nach der Präsidentschaftswahl 2025

2. Juni 2025

Sehr geehrte Damen und Herren, hinter uns liegen die Präsidentschaftswahlen. Es gab lange keine so großen Emotionen. Ich möchte Ihnen allen herzlich für Ihre Teilnahme an den Wahlen danken. Mehr als 20 Millionen Polen haben an der Wahl des neuen Präsidenten der Republik teilgenommen und damit ihre starke Verbundenheit mit der Demokratie und ihrem wichtigsten Grundsatz, den freien und allgemeinen Wahlen, gezeigt.

Wie auch immer wir den Wahlsieger beurteilen, gehört es sich, seinen Sieg anzuerkennen und seinen Wählern zu gratulieren, was ich hiermit mache. Ich danke auch dem Besiegten für die Entschlossenheit und den Kampf um jede Stimme bis zum Schluss. Ich will Ihnen allen heute kundtun, dass ich als Ministerpräsident der polnischen Regierung keinen Augenblick mit meiner Arbeit und in unserem gemeinsamen Kampf für Polen aufhören werde, für ein Polen,

das wir an der Schwelle zur Unabhängigkeit so erräumt haben: frei, souverän, sicher und wohlhabend. Die Präsidentschaftswahlen haben hieran nichts geändert und werden nichts ändern.

Im Einklang mit der Verfassung und unserem eigenen Gewissen werden wir mit dem neuen Präsidenten überall da zusammenarbeiten, wo es notwendig und möglich ist. Ich bin mir dessen bewusst, dass das schwieriger sein kann, als viele von Ihnen dachten, als sie gestern zur Wahl gingen. Aber das ändert nicht im Geringsten meine Entschlossenheit und Willen, für die Verteidigung all dessen tätig zu werden, woran wir gemeinsam glauben. Ein Notfallplan, der von einer schwierigen Kohabitation ausgeht, ist vorbereitet. Es ist schwierig, im Vorhinein einzuschätzen, welche Haltung der neue Präsident einnehmen wird. Wenn er den Willen zur Zusammenarbeit zeigt, wird das eine positive Überraschung sein, auf die wir mit aller Offenheit antworten werden. Wenn nicht, gibt es keine Zeit zu verlieren. Wir machen unsere Arbeit, ohne Rücksicht auf die Umstände, denn dafür wurden wir gewählt.

Wir werden bereits vorbereitete Gesetzesentwürfe vorlegen und wenn es sein muss, werden wir führen und Entscheidungen treffen – auch bei einem Präsidenten, der gute Veränderungen zu blockieren versucht. Erfahrungen haben wir hiermit bereits gemacht.

Denn es ist zu viel zu tun. Angefangen bei den internationalen Angelegenheiten, dem Aufbau einer schlagkräftigen Armee und einer starken Wirtschaft sowie der Repolonisierung der Industrie über die soziale Sicherheit und die Dienstleistungen des Staates bis zur Abrechnung und dem Kampf gegen Verbrechen.

Dieser Plan wird die Einheit und den Mut der gesamten Koalition des 15. Oktober [aktuelle Regierungskoalition, benannt nach dem Datum der Parlamentswahlen 2023, in denen die drei Mitte-links Gruppierungen die Mehrheit der Wählerstimmen erhielten, Anm.d.Übers.] erfordern. Der erste Test wird die Vertrauensfrage sein, mit der ich mich in der nächsten Zeit an den Sejm wenden werde. Ich will, dass alle sehen, auch unsere Gegner, im Inland und im Ausland, dass wir für diese Situation bereit sind, dass wir den Ernst des Augenblicks begreifen und dass wir nicht die Absicht haben, auch nur einen Schritt zurückzuweichen.

Allen, die für Rafał Trzaskowski [Präsidentschaftskandidat des Regierungslagers, Anm.d.Übers.] gestimmt haben, sage ich heute: Wir machen weiter. Ich weiß, was ihr fühlt, aber lasst uns in Erinnerung rufen: Wir haben uns für eine große Sache verabredet, die Kraft kostet, Ausdauer und vielleicht mehr Zeit erfordert, als wir möchten. In der Demokratie hört der Kampf nie auf.

Ich glaube an euch, ich glaube an Polen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Kancelaria Prezesa Rady Ministrów [Büro des Ministerpräsidenten]: Wystąpienie Premiera Donalda Tuska [Ansprache des Ministerpräsidenten Donald Tusk]. <https://www.gov.pl/web/premier/wystapienie-premiera-donald-tuska> (abgerufen am 26.08.2025)

Rede des Präsidenten der Republik Polen Karol Nawrocki nach seiner Vereidigung vor der Nationalversammlung, 2025

Warschau, 6. August 2025

[...]

Die freie Wahl einer freien Nation hat mich heute an diese Stelle, vor Sie gestellt. Sie hat mich vor Sie gestellt trotz der Wahlpropaganda, der Lügen, trotz des politischen Theaters und trotz der Verachtung, welchen ich auf meinem Weg ins Präsidentenamt der Republik Polen begegnet bin. Ich habe verziehen und als Christ vergebe ich mit Frieden im Herzen und aus tiefstem Herzen diese ganze Verachtung und das, was sich im Wahlkampf ereignet hat.

Wir haben, meine verehrten Damen und Herren, als nationale Gemeinschaft ja gerade diesen großen Vorzug, mit den christlichen Werten und Identität verbunden zu sein. Das sollte sich nicht ändern. Und in den christlichen Werten ist die Liebe und Barmherzigkeit dem Mitmenschen gegenüber eines der grundlegenden Elemente.

Aber diese Wahlen und der 1. Juni [Datum der Stichwahl, Anm.d.Übers.] haben auch die starke Stimme des Souveräns an die ganze politische Klasse gerichtet, indem er mich in das Amt des Präsidenten der Republik Polen gewählt hat. Das ist die Stimme, dass so nicht mehr weiterregiert werden kann und dass Polen heute so nicht aussehen sollte.

[...]

Der 1. Juni ist das deutliche Signal, dass die Polen [...] ihren Präsidenten im Gefühl der Freiheit wählen und keiner politischen Propaganda unterliegen wollen. Ich sage das, sehr geehrte Damen und Herren, nur deshalb, weil wir uns am 1. Juni noch einmal alle davon überzeugt haben, dass der Präsident der Republik Polen einzig und allein und schlicht und einfach die Stimme der Bürger und Bürgerinnen der Republik sein muss – niemand anderes. Ich als Präsident Polens werde die Stimme der polnischen Nation sein. Das ist die Aufgabe, die vor mir steht.

[...]

Ich bin ein großer Befürworter und ich werde alle Initiativen unterstützen und mit meinen Entscheidungen danach streben, dass der polnische Staat Ambitionen hat, dass er ein Ort der Entwicklung wird, ein Ort großer bahnbrechender Projekte, solcher wie dem Zentralen Verkehrshafen, den Polnischen Straßen, den Polnischen Häfen. Das Programm, das ich umsetzen werde, ist das Programm der nachhaltigen Entwicklung des polnischen Staates. Ja, wir alle sind aus polnischen Städten und Dörfern. Und es gibt kein Polen A und kein Polen B. Und das wird sich im Laufe meiner nächsten fünf Jahre nicht ändern.

[...]

Mein Programm ist ein Nein zu illegaler Migration, ein Ja für den polnischen Zloty, ein Nein für den Euro. Als Präsident Polens werde ich nicht erlauben, das Renteneintrittsalter für Frauen und Männer anzuheben.

[...]

Ich stehe vor euch und bin mir meiner großen Aufgabe und der immensen Verantwortung, die vor mir steht, bewusst. Aber ich stehe hier, im polnischen Sejm, und bin mir auch der Spaltungen im polnischen politischen Leben, im polnischen gesellschaftlichen Leben bewusst. Ich will deutlich erklären, dass ich meine Entscheidungen nicht im Einklang mit diesen Teilungen und nicht in Übereinstimmung mit den politischen Spaltungen treffen werde, sondern entgegen diesen Teilungen, und ich dabei immer eine Entscheidung treffen werde, die sich auf die Stimme der polnischen Nation beruft und nicht auf politische oder parteiliche Emotionen. Diese haben mich 42 Jahre lang nicht interessiert und werden mich auch als Präsident Polens nicht interessieren. In meinen Entscheidungen werde ich die Stimme der Nation und meinem Programm treu sein.

[...]

Sowohl in den Diskussionen mit der polnischen Regierung, in meinen Entscheidungen und auf diplomatische Art und Weise auf internationaler Bühne werde ich – selbstverständlich – Beziehungen im Rahmen der Europäischen Union unterstützen. Aber ich werde niemals zustimmen, dass die Europäische Union Polen Kompetenzen nimmt, insbesondere bei Angelegenheiten, die nicht in den europäischen Verträgen festgelegt sind, und diese sollten nicht geändert werden. Ja, ich werde die Stimme der Bürger sein, die Souveränität wollen.

[...]

Ich werde natürlich auch – ich wende mich an unsere Partner in den Vereinigten Staaten – die wichtigsten polnischen Bündnisse unterstützen, das bilaterale Bündnis mit den Vereinigten Staaten inbegriffen. Und ich werde mich auch um die Position Polens in der NATO kümmern.

[...]

Ich werde auch die Stimmer derjenigen Polen sein, die ein normales Polen wollen – ein Polen, das mit seinen Werten verbunden ist, ein Polen mit einer guten Schule, mit polnischer Literatur und polnischer Lektüre in der polnischen Schule. Als Mensch, der sich etliche Jahre mit Bildung und nationalem Gedächtnis befasst hat, werde ich alles tun, dass eine gute polnische Schule weitere Generationen Polen erzieht und ein polnischer Schüler, wenn er die Schule verlässt, tatsächlich stolz ist, Pole zu sein.

[...]

Das ist ein guter Zeitpunkt, meine verehrten Damen und Herren, um Herrn Präsidenten Andrzej Duda für zehn Jahre Ausübung des Präsidentenamtes Polens mit so vielen Erfolgen zu danken. Ich danke Herrn Präsidenten auch dafür, dass er auf so demokratische, zivilisierte, schöne und richtige Art und Weise dem gegenwärtigen Präsidenten geholfen hat, das Amt des Präsidenten zu übernehmen. Ich denke, wir alle könnten von Herrn Präsidenten diese Kultur des wichtigsten Amtes des polnischen Staates lernen. Dafür danke ich Ihnen, Herr Präsident, sehr.

[...]

Aber ich will, meine verehrten Damen und Herren, klar unterstreichen, dass sich nach diesen 35 Jahren – und das wissen die Ökonomen, das wissen Sie als Parlamentarier in diesem Saal – etwas in der Geopolitik und in der Weltwirtschaft verändert hat. Wir brauchen heute große Pläne, große Investitionen, was wir brauchen ist, die Ambitionen der polnischen Nation zu wecken, denn wir wollen nicht mehr die verlängerte Werkbank für unsere westlichen Nachbarn oder die ganze Europäische Union sein. Wir müssen, meine verehrten Damen und Herren, einen solchen wirtschaftlichen Weg suchen, der eine Art Wettbewerbsökonomie darstellt, die auch gegen Westeuropa gelenkt wird.

[...]

Wenn wir auf die lawinenartig wachsende Verschuldung des polnischen Staates und die Schulden blicken und auf das objektiv bestehende demographische Problem in unserem Vaterland und das Wohnraumproblem, dann ist Polen heute leider auf einem sehr schlechten Weg und wir müssen uns dessen bewusst sein. Man muss etwas ändern.

[...]

Ich möchte schon heute herzlich zur Sitzung des Kabinettrates einladen, die noch im August stattfinden wird. Ich will mit der polnischen Regierung über Entwicklungsinvestitionen sprechen, über die wichtigsten Investitionen, die vor uns stehen, sowie auch über den Zustand des öffentlichen Haushalts. Ich fühle mich, Herr Ministerpräsident, als Präsident Polens verpflichtet, vollständige Informationen darüber zu haben, wie der Stand des polnischen Staates ist.

[...]

Ich glaube zutiefst, dass wir in Fragen des Wohnraums und in Fragen von Entwicklungsinvestitionen und des polnischen öffentlichen Haushalts in der Lage sind, zu einer parteiübergreifenden Verständigung zu kommen. Ja, das ist keine Frage politischer Emotionen. Das ist die Frage von Wohnungen für die Menschen, die dies brauchen, Kommunalwohnungen inbegriffen.

[...]

Polen muss auf den Weg der Rechtsstaatlichkeit zurückkehren. Aktuell ist Polen nicht auf dem Weg der Rechtsstaatlichkeit. Denn es ist schwer, einen Staat als rechtsstaatlich zu bezeichnen, in dem der legal gewählte Generalstaatsanwalt nicht tätig ist und in dem Art. 7 der Verfassung, der besagt, dass die Organe der staatlichen Behörden auf der Grundlage und in den Grenzen des Rechtes tätig zu sein haben, leider regelmäßig verletzt wird.

[...]

Mit dem Ziel, das Problem des staatlichen Systems zu lösen, werde ich am Präsidentensitz einen Rat für die Verbesserung der Staatsform berufen. So, meine verehrten Damen und Herren, kann es nicht weitergehen, die Polen wollen die Korrektur der Staatsform. Ich werde in den Rat natürlich Vertreter aller politischen Milieus einladen, ich werde Akademiker einladen, ich werde Menschen einladen, denen die Sorge um den polnischen Staat und unser Rechtssystem naheliegt. Und ich glaube, dass der Präsidentenpalast ein Ort des Dialogs werden wird, ein Ort der Diskussion und der konsequenten Korrektur des Systems der Republik Polen.

Vor uns, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Mitglieder der Nationalversammlung, liegt auch eine Aufgabe für unsere Zukunft. Eine Aufgabe, die schon heute die Aktivität des Präsidenten der Republik und aller politischer Parteien erfordert. Ich schaue mit Anerkennung auf die Schöpfer der Verfassung des Jahres 1997, deren Wächter ich bin und sein werde, und auf die Verfassung, die gilt.

Allerdings sind wir [...] heute, nach fast 30 Jahren, in einer völlig neuen gesellschaftlichen und geopolitischen Situation. In diesen knapp 30 Jahren gab es so viele Kompetenzstreitigkeiten, in letzter Zeit wurde so regelmäßig die polnische Verfassung verletzt, dass wir als politische Klasse anfangen müssen, an Lösungen für ein neues Grundgesetz zu arbeiten, das zur Verabschiedung – so meine Hoffnung und mein Glauben – im Jahr 2030 fertig sein wird.

[...]

Wie Sie wissen, habe ich dem polnischen Staat viele Jahre in verschiedenen Institutionen gedient, ich bin aber erst seit Kurzem in der Welt der Politik. In der Welt der Politik bin ich kürzer als die Mehrheit von Ihnen. Erlauben Sie also, sehr geehrte Damen und Herren, dass ich ganz zum Schluss – vielleicht aus politischer Naivität – sage, dass ich glaube, es wird uns gelingen, uns in für Polen grundlegenden Angelegenheiten zu verständigen und sie aus den politischen Streitigkeiten herauszunehmen. Fragen der Entwicklung, Fragen des Wohnungsbaus, Fragen der polnischen Sicherheit sind solche, um die herum es gelingen kann, glaube ich, einen überparteilichen, über die Politik hinausgehenden Konsens aufzubauen.

[...]

Gott segne Polen! Es lebe Polen!

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Prezydent.pl: <https://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/sejm-oredzie-prezydenta-rp-karola-nawrockiego,104661> (abgerufen am 26.08.2025)

Präsident Karol Nawrocki über die Beziehungen zu Deutschland

Interview mit Präsident Karol Nawrocki im TV Republika

8. August 2025

[...]

Die Außenpolitik. Kurz und gut, ich beginne mit unserem westlichen Nachbarn. In der deutschen Presse sind Sie nicht gerade beliebt.

Damit komme ich klar.

Verstehe. Aber der deutsche Kanzler muss auch irgendwie mit dem Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen zurechtkommen. Ich möchte aber fragen, ob Sie gute Beziehungen zu Deutschland haben wollen. Schließlich ist das unser westlicher Nachbar.

Natürlich. Ich behandle unsere westlichen Nachbarn und den Kanzler Deutschlands als Partner sowohl in der Europäischen Union als auch im Nordatlantikkündnis. Wir haben eine gemeinsame Grenze und es gibt viele Dinge, über die wir reden sollten. Ich habe Erfahrungen in der Geschichtsdiplomatie. Über sehr schwierige, schwere Angelegenheiten habe ich mit Vertretern deutscher, ukrainischer, japanischer Institutionen und vielen anderen gesprochen. Natürlich müssen die Regeln der Diplomatie, Nachbarschaft, Partnerschaft, der Umsetzung gemeinsamer Aufgaben auf entsprechende Art und Weise realisiert werden.

Allerdings erlaube ich – ob es nun die deutsche Presse oder der deutsche Kanzler sei – nicht, Polen und die Polen als Juniorpartner zu behandeln. Es ist sicherlich höchste Zeit, dass Deutschland anfängt, Polen als Partner zu behandeln. Der Präsident Polens ist nicht dazu bereit, in Richtung Westen im Allgemeinen oder in Richtung unserer westlichen Grenze so zu schauen, als seien das unsere Mentoren oder Lehrmeister.

Wir haben unsere konkreten Erwartungen an die deutsche Seite, dazu gehören Reparationszahlungen an Polen, auf die die Polen warten, dazu gehört die Frage [der Migration an, Anm.d.Übers.] unserer westlichen Grenze. Wir fühlen uns als Partner und nicht als verlängerte Werkbank für den deutschen Staat. Und in dieser Gefühlslage, so meine Überzeugung, werde ich bereit sein, mich mit dem deutschen Kanzler als Präsident Polens und der Polen zu verständigen, eines unabhängigen, souveränen und stolzen polnischen Staates.

[...]

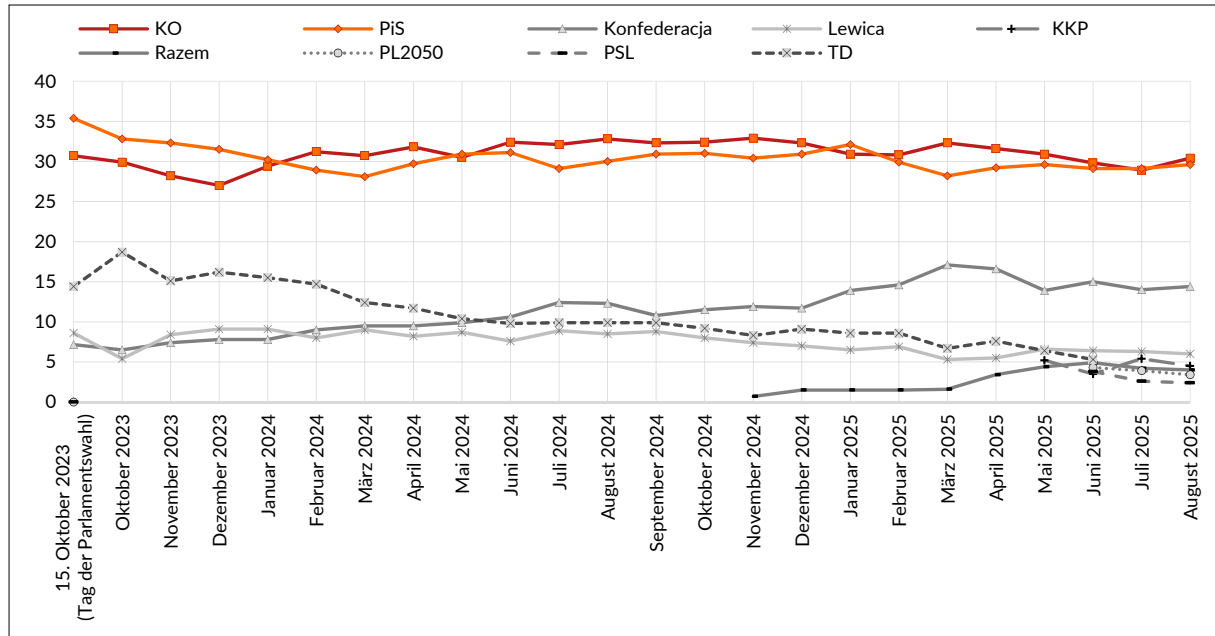
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Prezydent.pl: <https://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wywiady/wywiad-prezydenta-rp-dla-tv-republika-calosc,104914> (abgerufen am 26.08.2025).

UMFRAGEN

Parteipräferenzen und Einstellungen zu Präsident Karol Nawrocki

Grafik 1: Parteipräferenzen

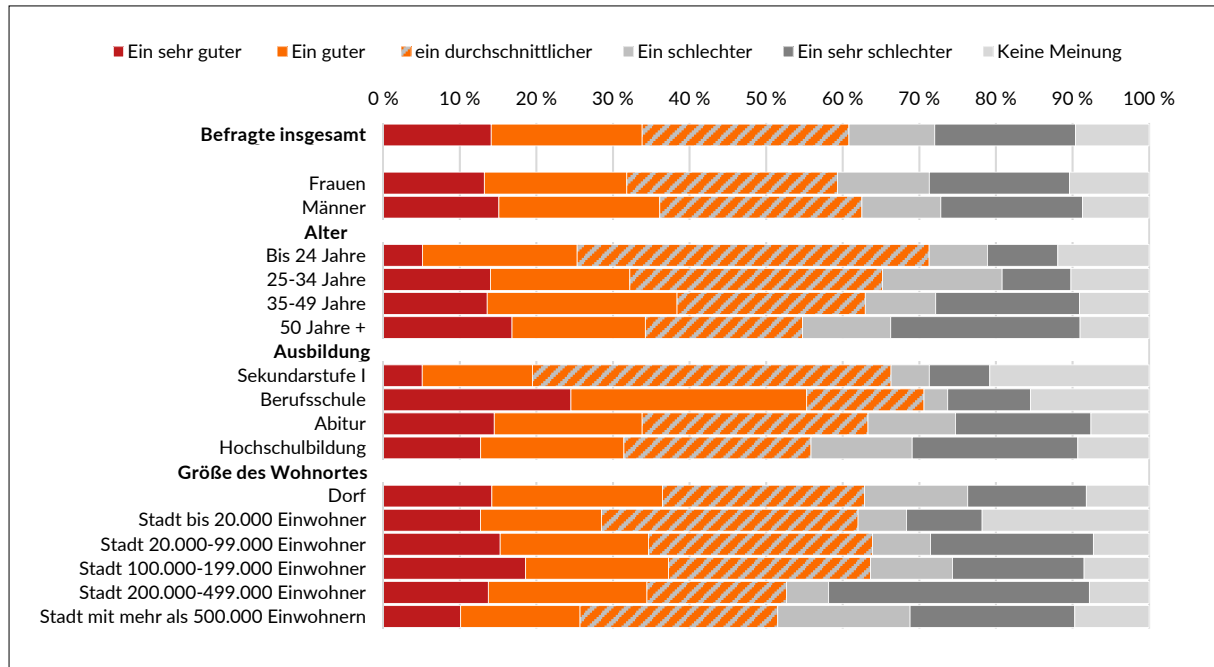


	KO	PiS	Konfederacja	Lewica	KKP	RAZEM	PL2050	PSL	TD
15. Oktober 2023 (Tag der Parlamentswahl)	30,7	35,38	7,16	8,61					14,4
Oktober 2023	29,9	32,8	6,5	5,4					18,7
November 2023	28,2	32,3	7,4	8,4					15,1
Dezember 2023	27	31,5	7,8	9,1					16,2
Januar 2024	29,4	30,2	7,8	9,1					15,5
Februar 2024	31,2	28,9	9	8					14,7
März 2024	30,7	28,1	9,5	9					12,4
April 2024	31,8	29,7	9,5	8,2					11,7
Mai 2024	30,5	30,9	9,9	8,7					10,4
Juni 2024	32,4	31,1	10,6	7,6					9,8
Juli 2024	32,1	29,1	12,4	8,9					9,9
August 2024	32,8	30	12,3	8,5					9,9
September 2024	32,3	30,9	10,8	8,8					9,9
Oktober 2024	32,4	31	11,5	8					9,2
November 2024	32,9	30,4	11,9	7,4		0,7			8,3
Dezember 2024	32,3	30,9	11,7	7		1,5			9,1
Januar 2025	30,9	32,1	13,9	6,5		1,5			8,6
Februar 2025	30,8	29,9	14,6	6,9		1,5			8,6
März 2025	32,3	28,2	17,1	5,3		1,6			6,7
April 2025	31,6	29,2	16,6	5,5		3,4			7,6
Mai 2025	30,9	29,6	13,9	6,6	5,2	4,4			6,4
Juni 2025	29,8	29,1	15	6,4	3,5	4,9	4,3	3,8	5,3
Juli 2025	28,9	29,1	14	6,3	5,4	4,2	3,9	2,6	
August 2025	30,4	29,6	14,4	6	4,5	4	3,4	2,4	

KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konfederacja – Konföderation; Lewica – Die Linke; KKP – Konfederacja Korony Polskiej/Konföderation der Polnischen Krone; Razem – Gemeinsam; PL 2050 – Polska 2050/Polen 2050; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Volkspartei; TD – Trzecia Droga/Dritter Weg (Bündnis aus PL 2050 und PSL)

Quelle: <https://ewybory.eu/sondaze/> (abgerufen am 27.08.2025)

Grafik 2: Am 6. August 2025 wird Karol Nawrocki zum Präsidenten der Republik Polen vereidigt. Was für ein Präsident wird er werden? (%)

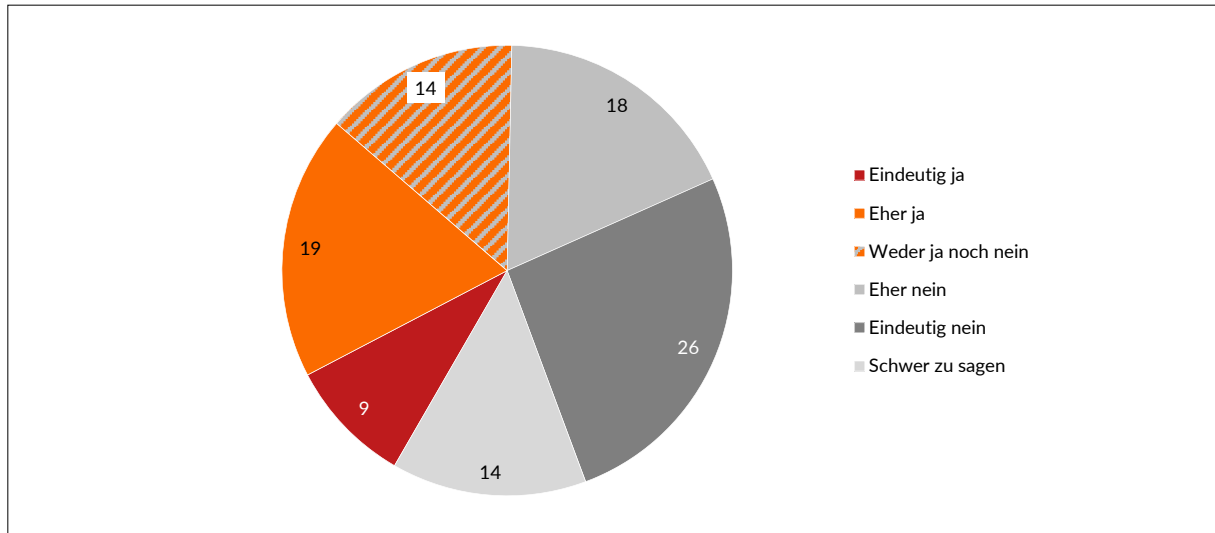


	Ein sehr guter	Ein guter	Ein durch- schnittlicher	Ein schlechter	Ein sehr schlechter	Keine Meinung
Befragte insgesamt	14,1	19,7	27	11,2	18,4	9,6
Frauen	13,2	18,6	27,5	12	18,3	10,4
Männer	15,1	21	26,4	10,3	18,5	8,7
Alter						
Bis 24 Jahre	5,1	20,2	45,9	7,6	9,2	11,9
25-34 Jahre	14	18,2	33	15,6	9	10,2
35-49 Jahre	13,6	24,8	24,6	9,2	18,8	9,1
50 Jahre +	16,8	17,4	20,5	11,5	24,7	9
Ausbildung						
Sekundarstufe I	5,1	14,4	46,8	5	7,9	20,8
Berufsschule	24,5	30,8	15,3	3,1	10,8	15,5
Abitur	14,5	19,3	29,5	11,4	17,7	7,6
Hochschulbildung	12,7	18,7	24,4	13,2	21,6	9,3
Größe des Wohnortes						
Dorf	14,2	22,3	26,4	13,5	15,5	8,2
Stadt bis 20.000 Einwohner	12,7	15,8	33,5	6,3	9,9	21,8
Stadt 20.000-99.000 Einwohner	15,3	19,4	29,3	7,6	21,3	7,3
Stadt 100.000-199.000 Einwohner	18,6	18,7	26,4	10,7	17,2	8,5
Stadt 200.000-499.000 Einwohner	13,7	20,7	18,2	5,5	34	7,8
Stadt mit mehr als 500.000 Einwohnern	10,1	15,6	25,8	17,3	21,5	9,7

Online-Befragung von SW Research für Rzeszpospolita rp.pl, 800 Personen ab 18 Jahren, 29.-30.07.2025.

Quelle: <https://www.rp.pl/polityka/art42802651-sondaz-czy-karol-nawrocki-bedzie-dobrym-czy-zlym-prezydentem> (abgerufen am 26.08.2025).

Grafik 3: Wird Karol Nawrocki als Präsident der Republik Polen selbständig und unabhängig von der PiS* sein? (%)

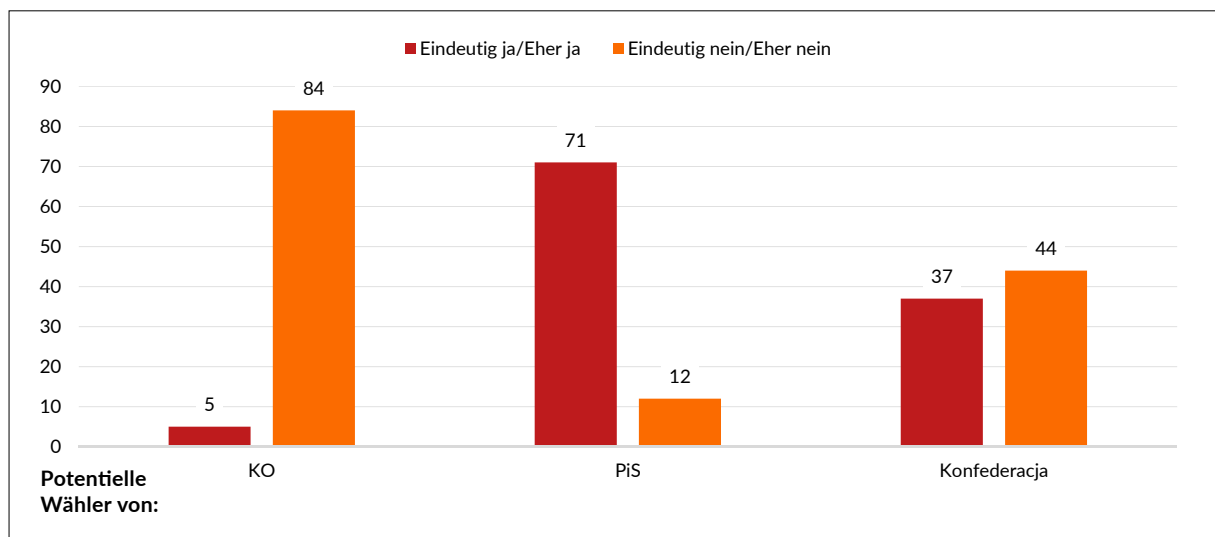


*PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit

Repräsentative Umfrage von Opinia 24 für RMF FM, Befragte ab 18 Jahren, 04.-06.08.2025.

Quelle: <https://www.rp.pl/polityka/art42836321-sondaz-kto-wierzy-w-niezaleznosc-karola-nawrockiego-od-pis> (abgerufen am 26.08.2025).

Grafik 4: Wird Karol Nawrocki als Präsident der Republik Polen selbständig und unabhängig von der PiS sein? (% nach Parteipräferenzen)



KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konfederacja/Konföderation

Repräsentative Umfrage von Opinia 24 für RMF FM, Befragte ab 18 Jahren, 04.-06.08.2025.

Quelle: <https://www.rp.pl/polityka/art42836321-sondaz-kto-wierzy-w-niezaleznosc-karola-nawrockiego-od-pis> (abgerufen am 26.08.2025).

CHRONIK

8. Juli – 1. September 2025

08.07.2025	Der polnische Astronaut Sławosz Uznański-Wiśniewski berichtet von der Internationalen Raumstation (engl. ISS) speziell für Kinder über seine Forschungstätigkeit, die er dort seit Ende Juni ausübt. Das virtuelle Treffen gehört zu einem Bildungsprogramm für Kinder und Jugendliche, das Uznański-Wiśniewskis Aufenthalt auf der ISS begleitet.
09.07.2025	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz nimmt an der Unterzeichnung eines Vertrags zwischen der Agentur für Bewaffnung (Agencja Uzbrojenia) und dem polnisch-israelischen Konsortium KenBIT und ELTA über die Lieferung von 18 Radarsystemen teil. Diese sollen auf polnischem Territorium zur Sicherung des Uferbereichs und des Luftraums über der Ostsee aufgestellt werden. Die Lieferung ist im Zeitraum von 2027 bis 2030 vorgesehen. Die Höhe der Investition beträgt ca. 430 Mio. Zloty (ca. 101 Mio. Euro).
10.07.2025	Während der zweitägigen Ukraine-Wiederaufbaukonferenz in Rom unterzeichnen Unterstaatssekretär im Außenministerium Marek Prawda und ein Vertreter Großbritanniens eine polnisch-britische Erklärung über die zukünftige Partnerschaft beim Wiederaufbau der von Russland angegriffenen Ukraine.
11.07.2025	Krzysztof Bolesła, stellvertretender Minister für Klima und Umwelt, nimmt an der zweitägigen informellen Umweltminister-Tagung des Rates der Europäischen Union in Aalborg (Dänemark) teil. Mit Blick auf die bestehenden Ausgangsbedingungen der EU-Mitgliedsländer fordert er mehr Pragmatismus in der EU-Klimapolitik. Dafür suche Polen Bündnispartner. Polen wendet sich gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission, für das Jahr 2040 das Ziel von 90 Prozent weniger Treibhausgas im Vergleich zu 1990 zu vereinbaren. Die entworfenen Vorschriften seien jedoch zu allgemein und es fehlten Instrumente, sie umzusetzen, so die Kritik Polens.
14.07.2025	Das Außenministerium richtet ein Protestschreiben an den Vatikan. Anlass sind Äußerungen der Bischöfe Wiesław Mering und Antoni Długosz, welche die Regierung verunglimpfen, nationalistische Gruppierungen unterstützen und die guten deutsch-polnischen Beziehungen in Frage stellen. Dies stehe im Widerspruch zum Konkordat des Jahres 1993, der Lehre der katholischen Kirche und den historischen Erfahrungen der deutsch-polnischen Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg, heißt es in der Protestnote. Der Vatikan wird gebeten, Konsequenzen für Mering und Długosz zu ziehen.
15.07.2025	Beim Treffen des Rates »Auswärtige Angelegenheiten« der Europäischen Union zeigt sich Außenminister Radosław Sikorski besorgt über die politische Lage in Georgien, wo die Einflussnahme Russlands steige und sich ein zunehmend autoritäres Regierungsmodell entwickle. Polen erwarte von der georgischen Regierung die Freilassung Oppositioneller und den Beginn des Dialogs mit den oppositionellen Parteien. In der vergangenen Woche haben europäische Außenminister, u. a. Polens, eine gemeinsame Erklärung herausgegeben und die Repressionen der georgischen Regierung gegen die Opposition und Zivilgesellschaft verurteilt.
16.07.2025	Vertreter des Umweltministeriums, des Verteidigungsministeriums und zivilgesellschaftlicher Organisationen thematisieren bei einem Treffen im Umweltministerium mögliche Folgen der Errichtung des Schutzschildes Ost an der polnisch-belarusischen Grenze auf die Umwelt. Das Treffen soll der Beginn eines ständigen Austausches über dieses Thema sein.
18.07.2025	Auf Einladung von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt nehmen Innenminister Tomasz Siemoniak sowie die Innenminister Frankreichs, Österreichs, Dänemarks, der Tschechischen Republik und der EU-Innenkommissar an einem Migrationsgipfel auf der Zugspitze teil. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Neuordnung der europäischen Migrationspolitik und konkrete Maßnahmen zu deren Umsetzung. Im Anschluss an das Treffen sagt Siemoniak, die teilnehmenden Länder seien zu einer harten Bekämpfung der illegalen Migration bereit, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Die polnische EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2025 habe zu einer Umorientierung beim Thema Migration geführt, da der europäische Migrationspakt und die Asylpraxis keine adäquate Antwort auf die aktuelle Situation seien. Die Ergebnisse der Gespräche des Migrationsgipfels auf der Zugspitze wurden in einer gemeinsamen Erklärung festgehalten.
21.07.2025	Innenminister Tomasz Siemoniak und sein deutscher Amtskollege Alexander Dobrindt besuchen den Grenzübergang in Połowie-Pieszczatka an der polnisch-belarusischen Grenze. Auf einer Pressekonferenz sagt Siemoniak, die illegale Migration sei ein gemeinsames Problem Polens, Deutschlands und der Europäischen Union. Sie müsse an den Außengrenzen gestoppt werden, bevor sie weiter in die EU gelange. Dobrindt betont die Einigkeit darüber, dass die aktuell in einigen Ländern verhängten Grenzkontrollen an den EU-Binnengrenzen nur vorübergehend sein sollen. Um sie aufzuheben, müsse die Sicherheit an den EU-Außengrenzen gestärkt werden. Er lobt Polens Einsatz beim Bau einer Grenzbefestigung an der Grenze zu Belarus und spricht sich für die finanzielle und organisatorische Unterstützung Polens durch die EU aus.

22.07.2025	Medienberichten zufolge hat das kanadische Erdölunternehmen Central European Petroleum (CEP), das auf Explorations- und Fördermöglichkeiten von Erdgas und -öl spezialisiert ist, ca. sechs Kilometer vor Swinemünde (Świnoujście) in der Ostsee ca. 22 Mio. Tonnen Erdöl und ca. 27 Mrd. m ³ Erdgas ausgemacht. Krzysztof Galos, Vizeminister für Klima und Umwelt, sagt, zunächst müssten die Daten von CEP analysiert werden, um das weitere Vorgehen zu bestimmen.
23.07.2025	Ministerpräsident Donald Tusk nimmt eine Regierungsumbildung vor. Die Ministerposten werden um fünf auf 21 reduziert. Neu ist das Energieministerium. Außerdem erhält Finanzminister Andrzej Domański zusätzlich das Wirtschaftsressort. Außenminister Radosław Sikorski wird zum dritten stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt.
24.07.2025	Das US-amerikanische Technologieunternehmen Intel gibt bekannt, dass infolge von Sparmaßnahmen auf Investitionspläne in der Nähe von Breslau (Wrocław) verzichtet wird. Bei der Produktion von Halbleitern sollten 2.000 Arbeitsplätze entstehen.
25.07.2025	Regierungssprecher Adam Szłapka führt den am Vortag vom US-amerikanischen Technologieunternehmen Intel angekündigten Investitionsrückzug auf zuviel Bürokratie zurück. Die Regierung arbeite weiter am Bürokratieabbau und habe dies auch mit Blick auf die Europäische Union während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr dieses Jahres vorangetrieben.
28.07.2025	Władysław Teofil Bartoszewski, Staatssekretär im Außenministerium, empfängt in Warschau die Innenministerin der Republik Moldau, Daniella Misail-Nichitin. Themen der Gespräche sind die Parlamentswahlen in der Republik Moldau im September und Polens Unterstützung für den proeuropäischen Weg des Landes. Polen engagiert sich derzeit in europäischen Schulungsprogrammen für Moldau, die sich an Behörden der inneren Sicherheit richten.
30.07.2025	Bei einem Besuch im Technischen Institut der Luftwaffe (Instytut Techniczny Wojsk Lotniczych), einem Forschungs- und Entwicklungsinstitut des Verteidigungsministeriums, unterstreicht Ministerpräsident Donald Tusk die Notwendigkeit, die Rüstungsindustrie zu repolonisieren. Dies erhöhe die Wettbewerbsfähigkeit Polens und sei ein Garant für die Sicherheit des Landes.
31.07.2025	Cezary Tomczyk, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, besucht im Rahmen eines Arbeitsbesuches in Litauen zusammen mit den stellvertretenden Verteidigungsministern Litauens, Orijana Mašale und Tomas Godliauskas, Einrichtungen der Baltischen Verteidigungslinie. Diese ist, wie der Schutzschild Ost in Polen, eine regionale Infrastruktur- und Abwehrmaßnahme der NATO. Zum Schutzschild Ost gibt Tomczyk bekannt, dass entlang der polnischen Grenze zu Russland, Litauen, Belarus und der Ukraine Materialmagazine errichtet werden, die im Bedarfsfall für die Grenzsicherung genutzt werden. Man habe aus der Erfahrung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine gelernt und wolle auf Abschreckung setzen, bevor es zu einem Angriff komme.
01.08.2025	In Warschau finden die Hauptfeierlichkeiten zum 81. Jahrestag des Beginns des Warschauer Aufstands gegen die deutsche Besatzung statt. Der Warschauer Aufstand wurde nach 63 Tagen niedergeschlagen, 23.000 polnische Soldaten sowie 180.000 Zivilisten verloren ihr Leben. 650.000 Einwohner Warschaus wurden vertrieben und teilweise in deutsche Arbeits- oder Konzentrationslager verbracht und die Stadt weitestgehend zerstört.
01.08.2025	Außenminister Radosław Sikorski empfängt an seinem Wohnort Chobielin seinen ukrainischen Amtskollegen Andrij Sybiha. Neben der Erörterung der Lage der Ukraine im russischen Angriffskrieg werden der Fortgang der Suche und Exhumierung der Opfer des Massakers von Wolhynien, das 1943 von ukrainischen Nationalisten an polnischen Zivilisten verübt wurde, sowie die Bedeutung bestehender polnischer Bildungseinrichtungen in der Ukraine thematisiert.
02.08.2025	Innenminister Marcin Kierwiński besucht den Grenzabschnitt in Włodawa im Dreiländereck Polen-Belarus-Ukraine. Neben der derzeit stattfindenden Errichtung von hochgesicherten Grenzbefestigungen sei auch die personelle Ausstattung des Grenzschutzes erhöht worden und betrage aktuell mit knapp 16.000 Personen den höchsten Stand seit seinem Bestehen.
03.08.2025	Innenminister Marcin Kierwiński gibt bekannt, dass die seit dem 7. Juli befristet durchgeführten Kontrollen an den Grenzen zu Deutschland und Litauen bis zum 4. Oktober verlängert wurden. Als Grund für deren Einführung werden ein anhaltender Migrationsdruck und die Instrumentalisierung von illegaler Migration z. B. durch Russland genannt. Die Grenzkontrollen werden stichprobenartig durchgeführt.
04.08.2025	Das Finanzministerium warnt vor Betrugsversuchen mit falschen E-Mails oder SMS mit dem Ziel, an persönliche Daten, Bankverbindungen oder PIN-Nummern der Klienten zu gelangen.
06.08.2025	Karol Nawrocki wird vor der Nationalversammlung zum Präsidenten der Republik Polen vereidigt. Die Präsidentschaftswahlen fanden im Mai und Juni statt.

08.08.2025	Ministerpräsident Donald Tusk besucht die Baustelle des Offshore-Windparks, der vor Leba (Łeba) entsteht. Die 76 Windturbinen à 15 MW sollen den Strombedarf von 1,5 Millionen Haushalten decken und im kommenden Jahr ans Netz gehen. Tusk weist auf die mutmaßlich von Russland verübten Signalstörungen im Navigationssatellitensystem hin, die auch den Windpark betreffen können. Daher lege Polen im Rahmen seines Vorsitzes im Ostseerat einen Schwerpunkt auf den Schutz der kritischen Infrastruktur in der Ostsee.
09.08.2025	In einer Erklärung des polnischen Außenministeriums am fünften Jahrestag der Präsidentschaftswahlen in Belarus, bei denen sich der autokratisch regierende Präsident Alexander Lukaschenko widerrechtlich erneut zum Präsidenten erklärt hat, unterstreicht Polen seine Unterstützung für die Bürger in Belarus, die die Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Achtung der Menschenrechte in ihrem Land wiederherstellen wollen. Es ruft die belarusischen Machthaber dazu auf, die Verpflichtungen der UN- und KSZE-Mitgliedschaft einzuhalten und die politischen Gefangenen in Belarus freizulassen, darunter den Aktivisten der polnischen Minderheit in Belarus und Oppositionellen Andrzej Poczobut. Dies würde das Vertrauen zwischen den Ländern Mittel- und Osteuropas und die Stabilität in der Region stärken.
12.08.2025	Außenminister Radosław Sikorski nimmt an einer Videokonferenz der EU-Außenminister im Vorfeld des Treffens zwischen US-Präsident Donald Trump und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Alaska teil. Sikorski unterstreicht die Notwendigkeit koordinierter Aktivitäten der EU-Mitgliedsstaaten, um einen größeren Einfluss auf die Haltung der USA zu gewinnen sowie auf die Einschätzung Russlands, ob sich die Fortsetzung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine lohne. Sikorski fordert die Beteiligung der Ukraine an allen Gesprächen über einen Waffenstillstand oder ein Friedensabkommen. Er betont, dass internationale Grenzen nicht mit Gewalt verändert werden dürfen.
13.08.2025	Das Ministerium für Digitalisierung teilt mit, dass 735.000 Laptops und Tablets für Schulen in Polen mit einem Wert von 1,73 Mrd. Złoty (0,4 Mrd. Euro) gekauft werden. Sie werden aus dem Landesaufbauplan (Krajowy Plan Odbudowy – KPO) finanziert.
14.08.2025	Nach Schätzungen des Finanzministeriums für den Zeitraum von Januar bis Juli 2025 betrugen die Einnahmen des öffentlichen Haushalts 313,8 Mrd. Złoty (74,6 Mrd. Euro), das sind 49,6 Prozent der veranschlagten Gesamtsumme; die Ausgaben betrugen 470,5 Mrd. Złoty (110,3 Mrd. Euro) – 51,1 Prozent; das Haushaltsdefizit belief sich auf 156,7 Mrd. Złoty (36,7 Mrd. Euro) – 54,3 Prozent.
15.08.2025	Während des Spiels des Fußballvereins Raków Częstochowa gegen Maccabi Haifa in der UEFA Conference League in Debrecen (Ungarn) am Vortag zeigten Fans des israelischen Klubs ein Transparent mit der Aufschrift »Mörder seit 1939«. Im Kurzmitteilungsdienst X verurteilt der Botschafter Israels in Polen, Yaakov Finkelstein, das Verhalten scharf. Der schändliche Vorfall stehe nicht für die Einstellung der Mehrheit der israelischen Fans. Das Außenministerium bestellt Finkelstein ein und dankt ihm für seine Reaktion auf X. Auch in Israel werde der Botschafter Polens mit dem israelischen Außenminister den Vorfall erörtern. Die polnisch-israelischen Beziehungen würden von diesem nicht angetastet. Die UEFA wird zu einer Reaktion aufgerufen. Präsident Karol Nawrocki schreibt auf X, das Transparent beleidige die Erinnerung an die polnischen Opfer des Zweiten Weltkrieges, unter denen drei Millionen Juden waren.
16.08.2025	Vizeinnenminister Maciej Duszczyk nimmt an der Einweihung des Museums der Schlacht von Warschau 1920 in Ossów teil. Das Museum widmet sich dem polnisch-sowjetischen Krieg und wurde auf dem ehemaligen Kampfgebiet errichtet. Die polnische Armee besiegte dort die Rote Armee, was unter dem Begriff »Wunder an der Weichsel« in die Geschichte eingegangen ist.
20.08.2025	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz informiert auf einer Pressekonferenz über den Absturz einer russischen Drohne im Kreis Łuków (Woiwodschaft Lublin/województwo lubelskie). Der Absturz in Polen, das Bündnispartner der NATO ist, sei eine Provokation Russlands und erfolge in einer Zeit, da Friedensbemühungen im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine diskutiert werden.
21.08.2025	Das Außenministerium überreicht Russland eine Protestnote, nachdem in der Nacht vom 19. auf den 20. August in Osiny (Woiwodschaft Lublin/województwo lubelskie) eine russische Drohne abgestürzt ist. Dies sei eine weitere Provokation Russlands im Rahmen seiner hybriden Aktivitäten gegen Polen. Polen verurteile alle Aktionen, welche die Zivilbevölkerung, Infrastruktur und Sicherheit des Luftverkehrs in Gefahr bringen, und fordere von Russland sofortige Aufklärung des Vorfalls.
22.08.2025	Nach Angaben des Innenministeriums sind 2025/26 für das Programm zum Schutz der Bevölkerung und der Zivilverteidigung 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vorgesehen, das sind ca. 16,7 Mrd. Złoty (ca. 4 Mrd. Euro). Damit sollen u. a. Schutzzräume, Infrastruktur, Alarmsysteme und Schulungen finanziert werden.

25.08.2025	Außenminister Radosław Sikorski nimmt an einer Videokonferenz mit US-Außenminister Marco Rubio, Kaja Kallas, Außen- und Sicherheitsbeauftragte der Europäischen Union, und den Außenministern Deutschlands, Finnlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Ukraine teil. Thema sind Möglichkeiten, einen Waffenstillstand im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu erlangen. Vorangegangen ist ein Treffen zwischen US-Präsident Donald Trump, dem Präsidenten der Ukraine Wolodymyr Selenskyj und europäischen Staats- und Regierungschefs in Washington in der vergangenen Woche. Sikorski unterstreicht bei der Videokonferenz, Polen fühle sich für die Sicherheit in der Region und die Ausarbeitung einer Friedenslösung mit verantwortlich. Polen habe hier eine Schlüsselbedeutung, was die Einrichtung eines Führungsquartiers für eine solche Operation sowie die Sicherstellung der Logistik und der Lieferketten betreffe. Sikorski warnt, der Kreml habe seine Maximalziele vom Anfang seines Angriffskrieges nicht aufgegeben. Russland könne an den Verhandlungstisch gebracht werden, indem Druck auf es ausgeübt und die Ukraine weiter politisch, militärisch und wirtschaftlich unterstützt werde.
26.08.2025	Am zweiten Tag seines dreitägigen USA-Aufenthalts wird Vizeverteidigungsminister Paweł Bejda vom Unterstaatssekretär für Rüstungskäufe, Michael Duffeye, empfangen. Zur Fortsetzung der Gespräche über die Verteidigungszusammenarbeit lädt Bejda Duffey nach Polen ein. Weitere Treffen der Reise finden mit Vertretern der US-Rüstungsindustrie statt.
28.08.2025	Das Regierungskabinett stimmt dem Haushaltsentwurf für 2026 zu. Er sieht Einnahmen in Höhe von 647,2 Mrd. Zloty (152 Mrd. Euro) und Ausgaben von 918,9 Mrd. Zloty (215,5 Mrd. Euro) vor. Die Verteidigungsausgaben werden mit 200,1 Mrd. Zloty (47 Mrd. Euro), das sind 4,81 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, veranschlagt.
29.08.2025	Nach Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Arbeitslosenquote im Juli 5,4 Prozent (830.800 Personen). Das sind 0,2 Prozentpunkte mehr als im Juni dieses Jahres und 0,4 Prozentpunkte mehr als im Juli 2024.
30.08.2025	Nach Angaben des Innenministeriums hat der polnische Grenzschutz 15 ukrainische Staatsbürger, die wegen Straftaten verurteilt worden waren, ausgewiesen und den ukrainischen Behörden überstellt. Seit Anfang des Jahres mussten 1.100 Straftäter zwangsweise das Land verlassen.
31.08.2025	Ministerpräsident Donald Tusk und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen besuchen die polnisch-belarusische Grenze. Sie wollen damit ein sichtbares Zeichen für Zusammenhalt in Europa, die Bedeutung der Ostgrenze als Schutzlinie und die Bereitschaft, Solidarität praktisch umzusetzen, geben.
01.09.2025	Präsident Karol Nawrocki gedenkt auf der Westerplatte bei Danzig (Gdańsk) des Beginns des von Deutschland ausgelösten Zweiten Weltkrieges vor 86 Jahren. Er ruft Ministerpräsident Donald Tusk auf, im Verhältnis zu Deutschland die Wahrheit und klare Beziehungen anzustreben. Gegenüber Deutschland wiederholt er Reparationsforderungen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2025 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>